

**Zeitschrift:** St. Galler Schreibmappe  
**Band:** 25 (1922)

**Artikel:** Die Schweiz im Jahre 1921  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-948010>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 06.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## DIE SCHWEIZ IM JAHRE 1921.

Das abgelaufene Jahr war das schwerste, das wir seit der Kriegszeit erlebt haben. Es stand im Zeichen einer stetig sich verschärfenden Wirtschaftskrise, die zum Teil auf mondiale Depressionserscheinungen, auf den gestörten Blutkreislauf der Weltwirtschaft, zum Teil aber auf das Mißverhältnis der Kaufkraft des Schweizerfrankens zum inneren Wert der meisten ausländischen Währungen zurückzuführen ist. Die hohe Valuta, der relative Reichtum, ist unserer nationalen Volkswirtschaft zum Verhängnis geworden. Einerseits erschwerte, ja verunmöglichte sie den Abfluß der Produkte unserer wichtigsten Exportindustrien; die Folge war eine Arbeitslosigkeit in unerhörtem Umfange, die von der Öffentlichkeit gewaltige Opfer forderte und die ohnedies schwer hergenommenen Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden mit neuen großen Ausgaben belastete. Umgekehrt waren die Länder mit niedriger Valuta in der Lage, unseren inländischen Industrien und Gewerben eine teilweise ruinöse Konkurrenz zu bereiten, ganz abgesehen von den Einkäufen, die von den vielen ins Ausland reisenden Schweizern gemacht wurden. Auch in diesen Erwerbsgruppen drohte Arbeitslosigkeit als Konsequenz der anormalen Verhältnisse. Immer lauter ertönte der Ruf nach Verbilligung der Produktion; aber diese verlangte einen Lohnabbau, der seinerseits ohne vorausgehenden Preisabbau einer Verarmung des Volkes gleichkäme und deshalb nicht zu verantworten wäre. Tatsächlich gingen ja die Preise verschiedener Waren im Verhältnis zu den Rekordziffern der vorangegangenen Jahre bereits etwas zurück; aber gerade bei wichtigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln war kein oder ein nur ungenügendes Fallen der Preise zu spüren, wie denn im allgemeinen die Teuerung gegenüber dem Stande der Vorkriegszeit im Durchschnitt immer noch reichlich 100 Prozent betragen dürfte. Insbesondere setzten die Führer der Landwirtschaft dem Verlangen der anderen Wirtschaftsgruppen nach einer wesentlichen Verbilligung der Milch und der Milchprodukte einen hartnäckigen Widerstand entgegen; der viel zu langsame Abbau der Kriegsmonopole war ein weiteres retardierendes Moment des Preisabbaues. Es ist klar, daß der Komplex dieser wirtschaftspolitischen Fragen das Volk intensiv beschäftigt und dem verfloßenen Jahre die Signatur gegeben hat. Daß der Bundesrat den Vorschlag, unsere überwertige Valuta durch eine Noteninflation künstlich zu verschlechtern und dadurch dem Stande des ausländischen Geldes näher zu bringen, konsequent abgelehnt hat, ist von allen einsichtigen Kreisen begrüßt worden; weniger einhellig war die Zustimmung zu den Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen, die er zum Schutze der inländischen Produktion als geboten erachtete. Schon zu Beginn des Jahres, als Bundespräsident Schulthess erstmals im Parlament seinen Entschluß bekannt gab, wurde in Presse und Ratsaal die ernste Mahnung laut, von solchen außerordentlichen Maßnahmen, die ein zweifelnwürdiges Schwert bedeuten, einen weissen und vorsichtigen Gebrauch zu machen. Die Bundesversammlung ließ sich nur zu rasch mit der Zusage beruhigen, daß auf den für die inländische Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Stoffen und auf den zum Lebensbedarf notwendigen Gegenständen keine oder nur unbedeutende Zollerhöhungen vorgenommen werden sollen, und erteilte durch dringlichen Bundesbeschluß der Regierung die von ihr verlangten Vollmachten. Als

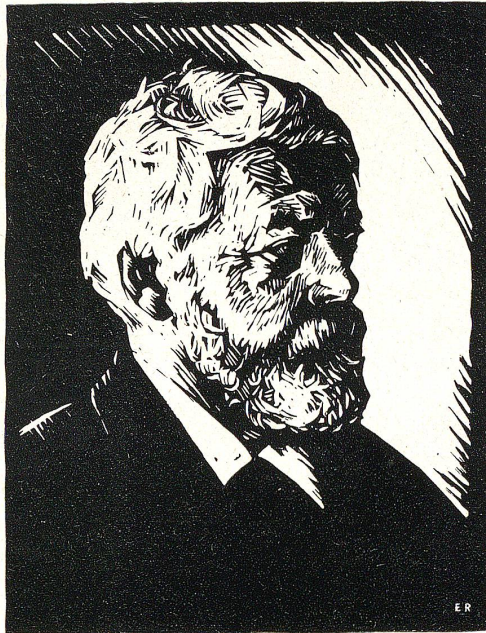
dann aber der provisorische Gebrauchstarif bekannt wurde und am 1. Juli in Kraft trat, fahlen sich große Teile des Schweizervolkes in ihren Erwartungen bitter enttäuscht. Konsumenten, Exportindustrie und Arbeiterschaft hatten die Überzeugung, daß der Bundesrat, dem Rate einiger weniger folgend, viel zu einseitig auf die Interessen der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Inlandsindustrien Rücksicht genommen und die verfassungsmäßigen Grundlagen unserer Handelspolitik zu wenig gewahrt habe. In St. Gallen, dem Zentrum einer schwer bedrohten Exportindustrie, regte sich die Opposition besonders stark. Die freisinnig-demokratische Partei verlangte die materielle Revision des Tarifes, und Volksversammlungen, die von einem zwischenparteilichen Volkskomitee einberufen worden waren, gestalteten sich zu Massenkundgebungen gegen die offizielle Wirtschaftspolitik. Die Antwort der Anhänger des Zolltarifes bestand in einer Reihe ähnlicher Demonstrationen, deren größte in Winterthur abgehalten wurde. In der Herbstsession des Nationalrates kam es zu einer langen Redeschlacht, die mit einem Erfolge der bundesrätlichen Politik

endigte, nachdem immerhin vorher einige materielle Zugeständnisse an die Opposition gemacht worden waren.

Unter der schweren wirtschaftlichen Krise haben insbesondere auch die Bundesbahnen zu leiden, bei denen eine durchgreifende Verwaltungsreform zur unabwiesbaren Notwendigkeit wird. Die Initiative Dr. Schwendener beschleunigte ohne Zweifel die Behandlung dieses Problems, das dann am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag in Luzern eingehend diskutiert wurde. Leider entspricht das Projekt, das die Zustimmung des Gesamtbundesrates und später auch der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission gefunden hat, in keiner Weise den Erwartungen, die von den Befürwortern einer großzügigen Reform gehegt wurden. Für St. Gallen ist der Entwurf auch wegen der darin vorgeesehenen Wegnahme der Kreisdirektion IV unannehmbar.

Während der derzeitige Chef des Eisenbahndepartementes seinen Namen mit dem stark umfrittenen Entwurfe der Verwaltungsreform verknüpft hat, trägt die Lex Häberlin die Bezeichnung ihres Vaters, des eidgenössischen Justiz- und Polizeidirektors. Sie will an Stelle der vom Bundesrat mit Recht abgelehnten Schutzhaft-Initiative eine den heutigen Verhältnissen angepasste Revision des Bundesstrafrechtes, die freilich den Anhängern des Umsturzes nicht paßt und von ihnen als „Maulkratten- und Zuchthausgesetz“ verhöhnt wird. Im Bundesrat sind dieses Jahr keine personellen Änderungen erfolgt. Wohl aber verchied ein Mann, der viele Jahre als Mitglied der obersten Exekutive dem Lande gedient und seine letzten Jahre als Direktor des internationalen Eisenbahnnetzes verbracht hat: alt-Bundesrat Dr. Ludwig Forrer. Er darf als Vorbild eines republikanisch-schlichten Staatsmannes und eines überzeugungstreuen Politikers bezeichnet werden und wird als solcher im Andenken des Schweizervolkes fortleben.

Am 30. Januar wurde die Militärjustiz-Initiative, die sich als sozialistischer Ansturm gegen ein Bollwerk der Armee qualifizierte, vom Schweizervolke mit rund Zweidrittelmehrheit verworfen; nur drei Stände (Tessin, Neuenburg und Gené) nahmen sie an. Die Spekulation der äußersten Linken auf die durch die lange Mobilisationszeit genährte Militärverdrossenheit scheiterte am patriotischen Sinne der Volksmehrheit. Dagegen fand die von den Räten akzeptierte und von keiner Partei offiziell be-



Alt-Bundesrat L. Forrer †

E. Rupprecht

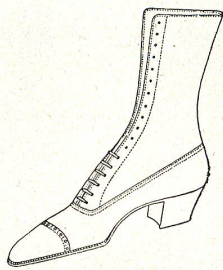


kämpfte Staatsvertrags-Initiative, die eine Erweiterung der Volksrechte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bezweckte, am gleichen Tage die Zustimmung des Volkes und der Stände.

Der Bundesrat selbst hatte während des verflossenen Jahres in seiner Auslands politik nicht immer eine glückliche Hand. Das zeigte sich besonders in der Frage des Truppendurchzuges, die zu einem Zwischenfall mit dem Völkerbundsrate führte. Kraft der in der Londoner Erklärung garantierten militärischen Neutralität hätte der Bundesrat zweifelsohne die rechtliche Möglichkeit gehabt, die Anfrage grundfänglich verneinend zu beantworten, und nach der Auffassung weiter Volkskreise, die nicht bloß aus Völkerbundsgegnern sich rekrutierten, hätte er von dieser Fakultät unter allen Umständen Gebrauch machen sollen. Er zog es jedoch vor, in der Weise einen Mittelweg einzuschlagen, daß die Durchlaffung der Truppen nicht prinzipiell, sondern bloß im

Anwesenheit dieses ehemaligen, nach der alten Macht strebenden Monarchen mit steigender Besorgnis beobachtete. Die Interpellationen Grimm und Bosli trugen diese verschiedenen Strömungen auch in das Parlament. Unterdessen erfreute sich Karl in Hertenstein, wo er seit dem ersten Abenteuer Wohnsitz genommen hatte, mit seinem „Hofstaat“ einer sehr angenehmen und privilegierten Behandlung von Seite der Behörden. Da die von ihm angekündigte freiwillige Abreise nicht möglich war, weil ihm angeblich kein anderes Land offen stand, wurde die Aufenthaltsbewilligung verlängert, und sie wäre vielleicht sogar zu einer definitiven geworden, wenn Karl seine Sehnsucht nach dem Throne etwas länger bemeistert hätte. Die zweite, mit einem Flugzeug unternommene Flucht Karls nach Ungarn schreckte den Bundesrat jäh aus seiner Vertrauensseligkeit auf. Jetzt rückte er endlich entschieden von dem Ex-Kaiser ab, ihn des Wortbruches an-

*Cousins Shoes*  
made in New-York  
for women



*Für die elegante Welt  
elegante Schuhwaren!*

*Alle unsere Modelle sind  
schick und vornehm*



*Schuhhaus zum Bischoff*  
*Flügel & Rutishauser*

konkreten Falle verweigert wurde. Vor dem Völkerbundsrate in Paris, wo Minister Dunant und Professor Huber den Standpunkt der Schweiz vertraten, fand der Zwischenfall durch Abgabe gegenseitiger, in verbindlicher Form gehaltener Erklärungen seine formelle Erledigung; doch konnte man sich leider nicht verhehlen, daß mehr der Verzicht auf die Volksabstimmung in Wilna und damit auf den Truppentransport als eine befriedigende Abklärung der prinzipiellen Frage den harmonischen Ausgang ermöglicht hat.

Viel Unannehmlichkeiten bereitete uns im verflossenen Jahre der Aufenthalt des Ex-Kaisers Karl. Nach dem mißglückten Osterausflug, der bereits einem Vertrauensmißbrauch gegenüber dem asylgewährenden Lande gleichkam, ließ sich der Bundesrat im Interesse des europäischen Friedens bewegen, den zurückgebrachten Flüchtling neuerdings provisorisch auf Schweizerboden zu dulden. Die Angelegenheit hatte auch eine starke innerpolitische Rückwirkung, indem die katholisch-konservative Presse sich besonders eifrig des „rechtmäßigen Königs von Ungarn“ annahm, während wohl der größere Teil des Schweizervolkes die

klagend und die Türe des Schweizerhauses verschließend. Das rasche Ende des Putches und die Deportation des früheren Herrscherpaares auf die Insel Madeira ersparten auch der Schweiz allerlei unliebfame Möglichkeiten.

In der Zonenfrage, die nach Notenwechsel und Konferenzen schließlich zum Abschluß eines Vertrages mit Frankreich führte, suchte der Bundesrat nach besten Kräften und so lange als möglich die schweizerische Rechtsauffassung zu vertreten, fand aber bei dem auf den Machtstandpunkt pochenden westlichen Nachbarn wenig Entgegenkommen. Die „Verständigung“, gegen die sich in Genf starke Opposition geltend macht, erfolgte auf Kosten der Schweiz, indem Frankreich sogar den Vorschlag einer schiedsgerichtlichen Erledigung des Konfliktes abwies und die Verlegung der Zollgrenze an die politische Grenze durchsetzen konnte. Die dafür gebotenen wirtschaftlichen Kompensationen, deren Wert übrigens etwas problematisch ist, können niemals als Äquivalent für diesen Verlust eines unbestreitbaren Rechtsanspruches betrachtet werden. Der einzige Erfolg des Bundesrates bestand



darin, daß er das schiedsgerichtliche Verfahren wenigstens für die Interpretation des Vertrages retten konnte.

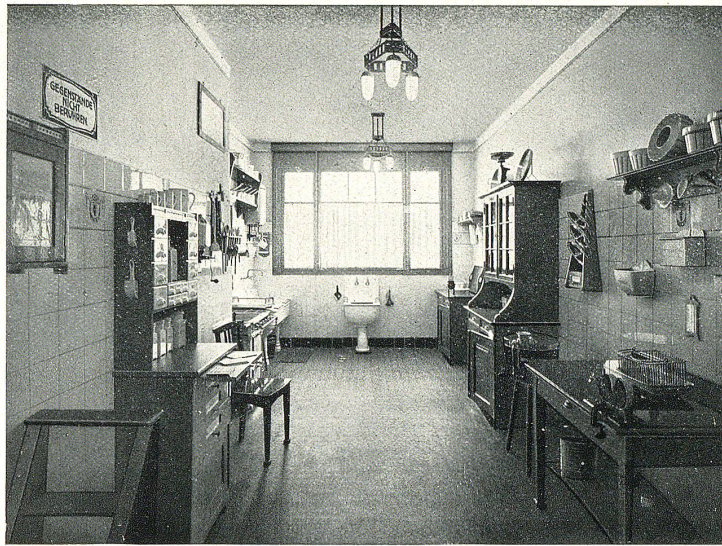
Die Politik Frankreichs erschwerte auch die Tätigkeit der Schweiz im Völkerbund, wie dessen positive Arbeit überhaupt. Unsere Delegation wirkte trotzdem rege an den Verhandlungen der zweiten Völkerbundsversammlung im Sinne der Gerechtigkeit und des Friedens mit und wehrte sich überdies auch gegen die Bestrebungen, die nach einer Verlegung des Sitzes tendierten. Durch die Ernennung Adors zum Ehrenpräsidenten des Weltparlaments und durch die Wahl Professor Hubers zum Mitgliede des internationalen Gerichtshofes wurden die Verdienste zweier hervorragender Eidgenossen vom Völkerbund in einer Weise gewürdigt, die dem ganzen Lande zur Ehre gereichte. Man darf sich freilich nicht verhehlen, daß die Begeisterung für die Liga der Nationen, von der viele einen stärkeren Einfluß auf die

Für den Kanton St. Gallen war 1921 ein Wahljahr, voll von Kämpfen und lebhaften politischen Auseinandersetzungen, wie sie jeweilen eine Neubestellung der kantonalen und kommunalen Behörden zu begleiten pflegen. In den Regierungsrat war, freilich nicht unbelritten, kurz vor der Jahreswende Emil Grünenfelder, Advokat, von Flums, an Stelle des verstorbenen Herrn Schubiger gewählt worden. Ein früheres Mitglied des Regierungsrates, Johann Hauser, starb im Laufe des Jahres und hinterließ das Andenken eines lebenswürdigen, rhetorisch begabten Magistraten. Außer den Wahlen lieferten einige Volksabstimmungen Stoff für die politische Diskussion. Am 20. Februar wurde die Verfassungsrevision über die Mitgliederzahl des Großen Rates (Schweizerbürger-Initiative) mit einer Mehrheit von etwa 1700 Stimmen angenommen und damit die Stadt in ihrem Vertretungsverhältnis unbilligerweise

## Komplette Küchen-Einrichtungen · Haushaltungs-Artikel

Moderne Küchen-Einrichtungen, die ich als Spezialität in einfacher bis feinsten Ausführung liefere

**Kristall  
Porzellan  
und feine  
Metall-  
Waren**



In Haushaltungs-Artikeln aller Art bin ich aufs reichhaltigste assortiert. Mässige Preise.

**Bestecke  
Tafel-  
Kaffee-  
Wasch-  
Service**



Gegründet i. J. 1866  
41 Speisergasse

**W. BION'S Wwe.**

Telephon No. 810  
Speisergasse 41

Politik Europas erwartet haben, im Schweizervolk etwas abgeflaut ist, und es bedarf einer umfassenden und systematischen Aufklärungsarbeit von Seite der schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund, um die Sympathien für diese hohe Sache nicht untergehen zu lassen. Eine solche unvermeidliche Werbearbeit ist umso notwendiger, als im „Bund für die Unabhängigkeit der Schweiz“ eine Art Gegenorganisation gegründet wurde; er bestreitet zwar, völkerbundsfeindliche Tendenzen zu verfechten, umfaßt aber in der Hauptsache doch jene Persönlichkeiten, die gegen den Eintritt unseres Landes in den Völkerbund aufgetreten sind. Für die Beurteilung des Völkerbundes darf nicht vergessen werden, was Ständerat Ulsteri in seinem Vortrage in Zürich mit Recht sagte: „Dem Völkerbund wird, wie jedem großen Geschehnis, eine langsame Entwicklung beschieden und auch vor Rückschlägen wird er nicht gefeit sein. Jede Gemeinschaft geht diesen Weg, Schritt vor Schritt, vom leichtern zum schwerern. Der Ungeduld der Kritik setzen wir das Vertrauen entgegen, denen Recht, Menschlichkeit und Kultur heilig sind.“

verkürzt; der gleiche Tag brachte anderseits eine wuchtige Niederlage des Ruhetagsgesetzes. In einer weiteren Doppel-Abstimmung vom 4. September wurde die Verfassungsrevision über die Organisation der Kirchgemeinden angenommen, diejenige über Stimmrecht und Wahlfähigkeit dagegen mit Zweidrittelmehrheit verworfen.

Möge das kommende Jahr mit einer bessern wirtschaftlichen und politischen Bilanz in Bund und Kanton abschließen! Von den Behörden hoffen wir, daß sie einig gehen mit den schönen Worten, die Albert Maunoir, Präsident des Genfer Großen Rates, bei der Vereidigung des Staatsrates an das Volk gerichtet hat: «Nous venons vous demander de vous intéresser constamment à la chose publique, d'appuyer vos magistrats de votre sympathie et de leur dire toujours franchement à côté des éloges qu'ils méritent, les critiques que vous pouvez avoir à leur adresser. Dans une démocratie comme la nôtre, nous devons être près de nos électeurs, travailler avec le peuple et pour le peuple».

E. F.



# PAUL SCHLATTER'S SÖHNE

Gebrauchs- und Luxusgegenstände  
in Kristall, Fayence und Porzellan

Marktgasse No. 20

ST. GALLEN

Telephon No. 391



NEUE AUSSTELLUNGSRÄUME IN UNSERM GESCHÄFTSHAUSE MARKTGASSE 20

**Tafel- und Kaffee-Service, Mokka-Tassen**  
in Porzellan und Fayence

Fein versilberte **Metallwaren und Bestecke**

Tafelgeräte in Messing und Nickel :: Servierbretter

Schreibtischgarnituren :: Elektrische Lampen

**Bronze- und Marmor-Figuren**

Reichhaltige Auswahl in Blumenvasen

**Spezialität: Reich geschliffenes Kristall**